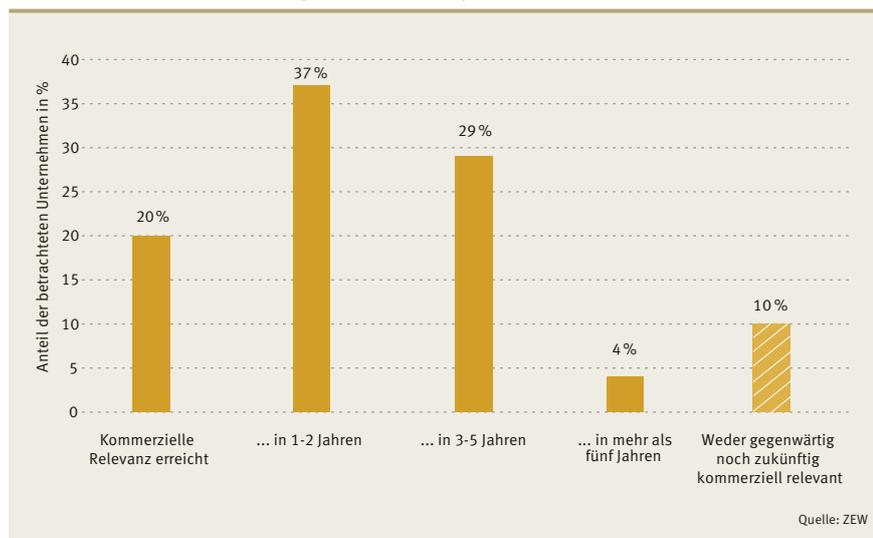


Öffentliche Förderung ist Erfolgsfaktor für junge Biotechnologie-Unternehmen

Die staatliche Förderung von Forschungsvorhaben trägt maßgeblich zum Erfolg junger Biotechnologie-Unternehmen bei. Sie begünstigt technologische Innovationen und wirkt sich positiv auf die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen aus. Dies zeigt eine Evaluation der Förderprogramme BioChance und BioChance Plus.

Kommerzielle Relevanz der geförderten Projekte



Im Rahmen der Fördermaßnahmen BioChance und BioChancePlus des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) flossen insgesamt 169 Millionen Euro innerhalb von acht Jahren an 260 junge Biotechnologie-Unternehmen in Deutschland. Im Auftrag des BMBF evaluierte das ZEW gemeinsam mit Prognos und dem Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim beide Programme. Untersucht wurden die Implementierung der Förderung, die durch die Förderung ausgelösten Impulse für die Aktivitäten zu Forschung und Entwicklung (FuE) der Unternehmen sowie die Ergebnisse der geförderten FuE-Projekte.

Das Programm BioChance unterstützte von 1999 bis 2003 risikoreiche Entwicklungsvorhaben junger Biotech-Unternehmen, während BioChancePlus in den Jahren 2004 bis 2007 darauf abzielte, die Biotechnologie-Unternehmen in ihrer weiteren Entwicklung zu unterstützen. Von BioChance profitierten 15 Prozent der maximal fünf Jahre alten Biotechnologiefirmen in Deutschland, der Nachfolger BioChancePlus erreichte knapp 40 Prozent seiner Zielgruppe. Rund ein Drittel der eingereichten Projektanträge wurde bewilligt. Die Projekte hatten im Regelfall eine Laufzeit von drei Jahren. 2012 endeten die letzten BioChancePlus-Projekte.

Die Evaluation zeigt, dass die von BioChance und BioChancePlus geförderten Biotechnologie-Unternehmen ihre FuE-Aktivitäten im Vergleich zu einer Kontrollgruppe nicht geförderter Unternehmen deutlich ausbauen konnten. Es gelang ihnen, für jeden Euro staatlicher FuE-Förderung zusätzlich rund 1,50 Euro aus eigener Tasche beziehungsweise aus anderen Finanzierungsquellen wie etwa Risikokapital oder Bankdarlehen in FuE zu investieren.

Gute Markttauglichkeit der Projekte

Nur wenige Jahre nach Ende der Förderung sind 20 Prozent der geförderten Projekte ein kommerzieller Erfolg. Bei weiteren 70 Prozent erwarten die Unternehmen, dass sich in den nächsten Jahren ein kommerzieller Erfolg einstellen wird. Nur bei zehn Prozent der geförderten Vorhaben haben sich die aus ihnen

IN DIESER AUSGABE

Öffentliche Förderung ist Erfolgsfaktor für junge Biotechnologie-Unternehmen	1
Steigende Inflationsrisiken in der Eurozone	2
Auswirkungen der Finanzmarktintegration auf die europäische Fondsindustrie	3
Wettbewerbseffekte passiver Eigentumsrechte	4
Nachgefragt: Wie geht es weiter mit dem Euro?	5
Zur Bewertung von ESM und Fiskalpakt	6
Spring Meeting of Young Economists am ZEW	8
SEEK-Workshop zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie	9
Konferenz zur freiwilligen Bereitstellung von internationalen öffentlichen Gütern	9
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

hervorgegangenen Innovationen als kommerzieller Fehlschlag erwiesen (siehe Abbildung auf der Titelseite).

In 86 Prozent der geförderten FuE-Projekte konnten technologische Innovationen realisiert werden – etwa in Form neuer und verbesserter Produkte und Dienstleistungen – beziehungsweise konnten wesentliche Entwicklungsstufen auf dem Weg zu technologischen Innovationen erreicht werden. In nahezu der Hälfte der Förderprojekte wurden die erzielten Erfindungen durch eine Patentanmeldung abgesichert.

Im Rahmen der Förderung gelang es 66 Prozent der Unternehmen ihre Finanzierungssituation zu verbessern. So konn-

te eine Reihe von Unternehmen Lizenz-einnahmen erzielen oder zusätzliches Risikokapital akquirieren.

Angemessene Reaktion der Politik

Die Förderprogramme BioChance und BioChancePlus können auf der Basis dieser Ergebnisse als sehr erfolgreich beurteilt werden. Beide waren eine angemessene Reaktion der Forschungspolitik auf die Schwierigkeiten, mit denen die Biotechnologie-Branche in Deutschland in den Jahren 1999 bis 2007 zu kämpfen hatte. So fehlten oftmals die Möglichkeiten riskante FuE-Projekte zu finanzieren und damit marktaugliche Innovationen

zu generieren. Diese wurden durch die Entwicklung des Risikokapitalmarktes zusätzlich erschwert. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren beider Programme wie etwa die thematische Offenheit der Projekte, die Einbeziehung und die Förderung von Einzel- wie auch Verbundprojekten wurden im Programm „KMU innovativ“ aufgegriffen und auf andere Technologiefelder übertragen. Insofern leisteten BioChance und BioChancePlus wichtige Schrittmacherdienste für die Modernisierung der FuE-Förderung im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung.

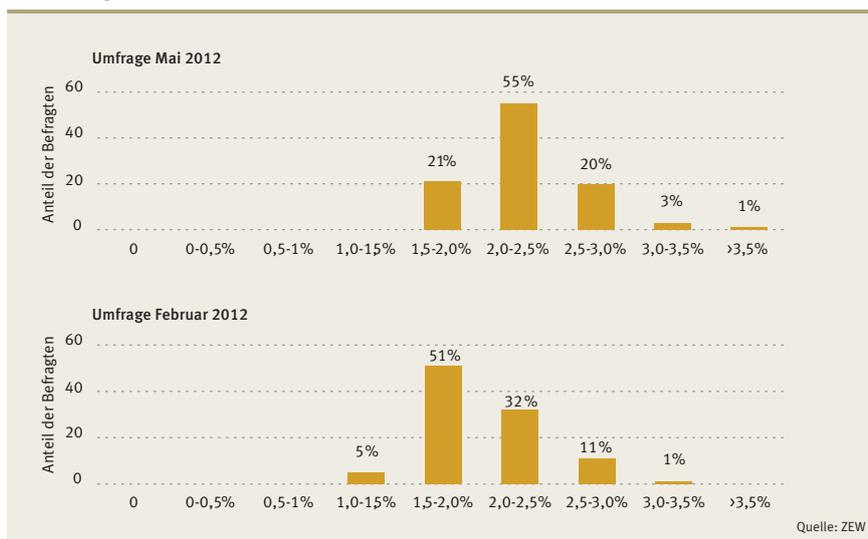
Das vollständige Gutachten findet sich unter: www.zew.de/EvaluationBC2012

Dr. Georg Licht, licht@zew.de

Steigende Inflationsrisiken in der Eurozone

Nach Auffassung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten wird die deutsche Inflationsrate noch eine ganze Weile bei über zwei Prozent liegen. Dies ist das Ergebnis der Sonderfrage zum Thema „Inflation und Geldpolitik“ des ZEW Finanzmarkttests im Mai 2012.

Erwartungen der Teilnehmer des ZEW Finanzmarkttests zur Inflationsrate 2012



Im Mai 2012 rechnen 55 Prozent der befragten Finanzmarktexperten mit einer Inflation in Deutschland von 2,0 Prozent bis 2,5 Prozent im Jahresmittel. Sogar Teuerungsraten von 2,5 bis zu 3,0 Prozent halten immerhin 20 Prozent der Umfrageteilnehmer für möglich. Hier hat offenbar

eine Trendwende stattgefunden, denn noch im Februar dieses Jahres prognostizierten 51 Prozent der befragten Experten eine Inflationsrate zwischen 1,5 und 2,0 Prozent für das Jahr 2012. In der aktuellen Umfrage teilen diese Einschätzung lediglich noch 21 Prozent der Befragten

(siehe Grafik). Demnach gewichten die Finanzmarktexperten die Risiken für die Preisstabilität in der Eurozone höher als noch zu Beginn des Jahres.

Vor dem Hintergrund der veränderten Inflationserwartungen wundert es nicht, dass sich im Vergleich zur Umfrage im Februar deutlich weniger Experten für eine erneute Herabsetzung der Leitzinsen im Euroraum aussprechen. Auf die Frage, wie die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Zinspolitik gestalten soll, empfehlen im Mai nur 13 Prozent der Befragten die Senkung des Refinanzierungssatzes. Im Februar waren dies noch 27 Prozent.

Konstante Erwartungen zur Geldpolitik

Die Erwartungen bezüglich der tatsächlichen Politik der EZB bleiben im Mai im Vergleich zum Vorquartal relativ stabil. Nur die Erwartungen auf die längere Frist wurden etwas nach oben revidiert. Auf Halbjahressicht wird bei den Leitzinsen weiterhin im Median eine Untergrenze von 0,75 Prozent und eine Obergrenze von 1,00 Prozent prognostiziert. Auf Sicht von zwölf Monaten sehen die Finanzmarktexperten eine Untergrenze von 0,75 Prozent und eine Obergrenze von 1,25 Prozent. Auf Sicht von 24 Monaten erwarten sie 1,00 Prozent und 1,75 Prozent.

Christian D. Dick, dick@zew.de

Auswirkungen der Finanzmarktintegration auf die europäische Fondsindustrie

Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht, ob die europäische Finanzmarktintegration im Bereich der Fondsindustrie zu Vorteilen für Privatanleger und institutionelle Investoren geführt hat. Der Fokus liegt dabei besonders auf den Standortentscheidungen der Fondsunternehmen.

Zum Jahresende 2011 hatten Investoren weltweit in mehr als 70.000 verschiedene Investmentfonds investiert. Im Vergleich zu Direktinvestitionen sollen Investmentfonds eine liquide und diversifizierte Anlagemöglichkeit zu relativ ge-

und in jedem anderen EU-Land ohne weitere langwierige Genehmigungsverfahren zu vertreiben. So reicht es ebenso für Fondsgesellschaften mit einem Sitz außerhalb der EU aus, von einem EU-Standort alle EU-Mitgliedsstaaten zu bedienen.

die Kosten der Gründung und des Betriebs eines Fonds reduzieren.

Die Studie basiert auf einem Datensatz zu offenen Investmentfonds verschiedener Fondstypen. Die Stichprobe umfasst 11.735 Investmentfonds aus 22 Ländern. Dies entspricht einem Anteil von 80 Prozent des Fondsvolumens, das weltweit zwischen 1997 und Ende 2006 aufgelegt wurde. Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich über die Jahre 1997 bis 2006, sodass Verzerrungen durch die jüngste Finanzmarktkrise ausgeschlossen sind.

Sinkende Gebühren

Die Ergebnisse der Untersuchung bestätigen, dass erhebliche Unterschiede in der Höhe der Fondsgebühren zwischen den einzelnen Ländern und Fondstypen bestehen. Beispielsweise sind Aktienfonds am teuersten und Geldmarktfonds am günstigsten. Institutionelle Fonds sind dagegen für Unternehmen günstiger. Darüber hinaus macht die Studie einen neuen Aspekt deutlich. Die ZEW-Berechnungen zeigen, dass Investoren von einer Konzentration der Fondsindustrie profitieren. Denn es besteht eine Beziehung zwischen der Marktgröße und der Höhe der Fondsgebühr aufgrund von Skaleneffekten und Verbundeffekten. So ist die Gesamtkostenquote eines Fonds zum einen umso geringer, desto größer das im Fonds investierte Anlagevolumen ist. Zum anderen wird deutlich, dass mit der Größe der Fondsgesellschaft (gemessen am verwalteten Anlagevolumen aller begebenen Fonds) ebenso die Fondsgebühr sinkt. Allerdings gibt es auch Nachteile: So sind Fonds, die die OGAW-Richtlinie erfüllen, für den Investor grundsätzlich teurer. Ferner erhöht sich die Fondsgebühr mit der Anzahl an bestehenden Vertriebsländern, da zusätzliche Vertriebspartner und Genehmigungen benötigt werden. Die Gesamtkostenquote steigt etwa beim Verkauf eines Fonds in sieben statt nur in einem Land um fast 30 Basispunkte.

Gunnar Lang, lang@zew.de



Die Gesamtkosten von Fonds sinken durch die Marktintegration in Europa.

ringen Kosten bieten. Kosten fallen in Form von Fondsgebühren an, die als Preis unter anderem für die Fondsaufgabe, das Portfoliomanagement und den Vertrieb erhoben werden. In den vergangenen Jahren hat der Wettbewerb zwischen den Fondsgesellschaften in Folge der rechtlichen Harmonisierungen in der europäischen Finanzindustrie weiter zugenommen. So hat sich etwa der Standortwettbewerb um Fondsgesellschaften dadurch intensiviert, dass ein „Europa-Pass“ eingeführt wurde für Investmentfonds, die in gesetzlich definierte Vermögensklassen investieren und dabei der sogenannten OGAW-Richtlinie (Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) entsprechen. Dieser Pass ermöglicht es, einen Fonds in einem EU-Land zu registrieren

Durch die schnelle Umsetzung der OGAW-Richtlinie und aufgrund ihres günstigen regulatorischen Umfelds konnten sich insbesondere Luxemburg und Dublin zu einem globalen Finanzzentrum der Fondsindustrie entwickeln.

Kostenvorteile durch Konzentration

Vor diesem Hintergrund geht das ZEW-Discussion Paper Nr. 11-085 der Frage nach, inwiefern die Investoren von einer Marktkonzentration der Branche profitieren. Der Fokus der Untersuchung liegt dabei auf dem von der Fondsgesellschaft gewählten Standort, da es die Marktintegration den Gesellschaften erlaubt, ihre Aktivitäten in spezialisierten Zentren zu konzentrieren. Die Konzentration sollte

Wettbewerbseffekte passiver Eigentumsrechte

Eine aktuelle Studie des ZEW beleuchtet, wie sich der Erwerb passiver Eigentumsanteile eines Unternehmens an seinem Zulieferer auf die Endkundenpreise auswirken kann. Damit leistet sie einen Beitrag zum Verständnis wettbewerbsrelevanter Wirkungszusammenhänge.

Im Wirtschaftsleben kommt es häufig vor, dass ein Unternehmen Eigentumsanteile an seinem Zulieferer erwirbt, ohne dass damit Kontrollrechte über die Entscheidungen des Zulieferers einhergehen. Da das Unternehmen keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidun-

gennehmer sein Vorprodukt alternativ auch auf dem Weltmarkt erwerben können. Daher kann der Zulieferer das Produkt maximal zum Weltmarktpreis verkaufen.

Erwirbt nun ein Abnehmer einen nicht-kontrollierenden Eigentumsanteil an dem Zulieferer (passive Rückwärtsintegration),

steigerung für den beteiligten Abnehmer profitabler: er erhöht seinen Preis und löst dadurch eine Preisspirale aus, weil die anderen Abnehmer wiederum Raum für eine Preissteigerung erhalten.

Im Gegensatz dazu führt die Fusion eines Abnehmers mit dem Zulieferer zu einem einzigen Unternehmen dazu, dass die Endkundenpreise fallen. Zwar beliefert das fusionierte Unternehmen weiterhin die unabhängigen Abnehmer zum Weltmarktpreis und berücksichtigt daher deren Absatz, wenn es den eigenen Endkundenpreis setzt. Jedoch fällt der doppelte Preisaufschlag auf das Endprodukt des integrierten Abnehmers weg, da bei der Setzung des Endkundenpreises nun die wahren Herstellkosten des Vorproduktes und nicht mehr der Einkaufspreis zu Grunde gelegt werden. Im Gesamteffekt sinken daher bei einer solchen Fusion die Endkundenpreise.



Foto: istockphoto

Rückwärtsbeteiligungen ohne Kontrollrechte können zu negativen Preiseffekten im Endkundenmarkt führen.

gen des Zulieferers ausüben kann, werden vertikale Verflechtungen dieser Art unter Wettbewerbsaspekten oft als wenig problematisch erachtet. Eine aktuelle Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 12-022) zeigt jedoch auf, dass auf Grund einer passiven Rückwärtsbeteiligung durchaus die Endkundenpreise steigen können.

Rabatt- und Koordinationseffekt

Das Diskussionspapier basiert auf einem industrieökonomischen Modell. Es ist insbesondere auf Märkte anwendbar, in denen größere Abnehmerunternehmen kleineren Zulieferern gegenüberstehen. In dem Modell wird davon ausgegangen, dass ein Zulieferer mehrere im Preiswettbewerb stehende Abnehmer beliefert. Der Zulieferer ist jedoch in seiner Preissetzung dadurch beschränkt, dass die Ab-

dann ergeben sich zwei Effekte aus dieser Gewinnbeteiligung. Zum einen gibt es einen Rabatteffekt: Der beteiligte Zulieferer erhält einen Teil des Preises, den er dem Zulieferer für ein Vorprodukt zahlt, über die Gewinnbeteiligung zurück. Dieser Effekt wird von dem Zulieferer jedoch durch eine Preissteigerung gegenüber diesem Abnehmer kompensiert, so dass der effektive Einkaufspreis weiterhin gleich dem Weltmarktpreis ist.

Zum anderen entsteht durch die Rückwärtsbeteiligung ein Koordinationseffekt: Der Akquisiteur ist nun über den Zulieferergewinn auch am Absatz der Konkurrenten im nachgelagerten Markt beteiligt. Wenn nun der Akquisiteur seinen Preis steigert, dann kauft ein Teil seiner Kunden nicht mehr bei ihm, sondern bei den konkurrierenden Abnehmern. Durch die Rückwärtsbeteiligung wird daher eine Preis-

Vorsicht auch bei passiven Unternehmensbeteiligungen

Bei der passiven Rückwärtsbeteiligung steigen also die Endkundenpreise, während sie bei einer vertikalen Fusion sinken. Folglich kann eine Fusion für die Verbraucher besser als eine passive Beteiligung sein. Damit ist Vorsicht bei der Empfehlung einer Wettbewerbsbehörde angebracht, wenn sie „aus Wettbewerbsgründen“ zur Auflage macht, eine beantragte kontrollierende in eine passive Rückwärtsbeteiligung umzuwandeln.

Allerdings sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass der beschriebene Effekt nur einer unter mehreren möglichen Effekten einer Rückwärtsbeteiligung ist, zu denen sowohl positiv zu bewertende Investitionsanreize, als auch eine negativ zu bewertende Lieferverweigerung gegenüber unabhängigen Abnehmern gehören. Alle diese Wirkungen sollten in eine konkrete Bewertung mit einfließen. Insofern ist die Studie als grundsätzlicher Beitrag zu verstehen, in dem elementare, bisher nicht betrachtete Zusammenhänge näher beleuchtet werden.

Matthias Hunold, hunold@zew.de
Konrad Stahl und Lars-Hendrik Röller

Nachgefragt: Wie geht es weiter mit dem Euro?

Die Eurozone steht vor der Wahl zwischen Pest und Cholera

Die chaotischen Verhältnisse nach der jüngsten Parlamentswahl in Griechenland lassen den Austritt Griechenlands aus der Gemeinschaftswährung wahrscheinlicher werden. ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz zeigt auf, wie er die Zukunft des Euro beurteilt.

Was wird passieren, wenn Griechenland morgen sagt: „wir treten jetzt aus der Eurozone aus!“?

Eigentlich möchten die Griechen weiterhin in der Währungsunion bleiben, aber wenn sich eine neue griechische Regierung den vereinbarten Anpassungsmaßnahmen verweigert, entfallen die von EU und IWF zugesagten Finanzhilfen. Der griechische Staat kann seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen und das Bankensystem Griechenlands bricht zusammen. Die EZB kann ebenfalls nicht helfen, Griechenland muss wieder eine eigene Währung einführen, die nach Schätzungen gegenüber dem Euro nur rund die Hälfte wert sein dürfte. Die Folgen sind auf jeden Fall schwerwiegend: Die Importpreise steigen dramatisch, Konsum und Investitionen brechen ein und die Sparer müssen immense Verluste hinnehmen. Steigende Exporte, etwa im Tourismusbereich und im Transportgewerbe werden das bei weitem nicht kompensieren können.

Wie würde Europa reagieren?

Die EU wird nicht tatenlos zusehen können und helfen. Das kostet viel Geld und zwar zusätzlich zu den rund 80 Milliarden Euro, für die allein Deutschland bei einem Zahlungsausfall Griechenlands haftet – im Rahmen der Rettungspakte und der Target-2-Verbindlichkeiten Griechenlands. Darüber hinaus könnten möglicherweise noch Ansteckungseffekte auf andere Problemländer hinzu kommen, wobei allerdings die Brandmauern mittlerweile höher sind und das Bankensystem in Europa besser gewappnet ist als noch vor zwei Jahren.

Hält der Euro langfristig die bestehende Teilung der Währungsunion in einen

wirtschaftlich starken Norden und einen wirtschaftlich schwachen Süden aus?

Solche regionalen Verteilungen der Wirtschaftskraft sind nicht in Stein gemeißelt. Deutschland galt vor rund zehn Jahren noch als der kranke Mann Europas und Italien hat bei allen Schwierigkeiten eine leistungsfähige Wirtschaft. Regionale Disparitäten gab es in Zeiten der D-Mark selbst innerhalb Deutschlands. Heterogenitäten innerhalb des Euro-Raums

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz ist seit 1997 Präsident des ZEW in Mannheim und Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Überdies leitet er die Forschungsgruppe „Wachstums- und Konjunkturanalysen“ des ZEW. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Makroökonomie, die Arbeitsmarkt- und die empirische Wirtschaftsforschung. Franz ist Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seit März 2009 ist er Vorsitzender dieses Gremiums.



Wolfgang Franz, franz@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

können mit Hilfe einer starken Arbeitsmobilität und zielführenden EU-Strukturfonds abgemildert werden.

Was ist sinnvoller: Ein Austritt der schwachen Länder aus der Währungsunion oder ein Austritt der starken Länder?

Das ist wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. Wenn beispielsweise die „starken“ Länder einen „Nord-Euro“ einführen, wird es nicht lange dauern, bis die Finanzmärkte testen, ob das ein oder andere Land nicht besser beim „Süd-Euro“ aufgehoben ist.

Wie muss die Konstruktion der Gemeinschaftswährung verändert werden, um die europäischen Volkswirtschaften

langfristig wieder auf ein solides Fundament zu stellen?

Dazu brauchen wir einen funktions-tüchtigen Ordnungsrahmen, der solide Staatsfinanzen und ein stabiles Finanzsystem gewährleistet. Mit dem Fiskalpakt und dem Rettungsschirm ESM, so denn beide beschlossen werden, ist aber ein gutes Stück des Wegs zurückgelegt, bei aller berechtigten Kritik an Details. Jetzt kommt es darauf an, aus dem derzeitigen Schlamassel eine Brücke hin zu einem soliden Ordnungsrahmen zu bauen. Dazu hat der Sachverständigenrat einen Schuldentilgungspakt vorgeschlagen.

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 12-030, Dirk Czarnitzki, Julie Delanotte: Young Innovative Companies: The New High-Growth Firms?

Nr. 12-029, Michael Schymura, Andreas Löscher: Investigating JEEM Empirically: A Story of Co-Authorship and Collaboration.

Nr. 12-028, Matthias Hunold, Johannes Muthers: Resale Price Maintenance and Manufacturer Competition for Retail Services.

Nr. 12-027, Dirk Czarnitzki, Susanne Thorwarth: Productivity Effects of Basic Research in Low-Tech and High-Tech Industries.

Zur Bewertung von ESM und Fiskalpakt

Der europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der europäische Fiskalvertrag sollen helfen, die fiskalische Stabilität der Eurozone langfristig zu sichern. Sie sind Elemente einer im Grundsatz stimmigen Gesamtstrategie. Bei den Details gibt es aber noch offene Fragen zu klären.

Der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (im Folgenden Fiskalvertrag oder Fiskalpakt) macht den Mitgliedern der Eurozone Vorgaben für

dass diese Länder auf Dauer ihre Verschuldung eindämmen werden, auch wenn die aktuellen Budgetzahlen dies noch nicht zeigen können. Ein Verzicht auf glaubwürdige Fiskalregeln würde erst

die Möglichkeit, auch eine einfache gesetzliche Regelung vorzunehmen.

Die Strafandrohung bei fehlender Etablierung der Schuldenbremse ist von relativ hoher Glaubwürdigkeit, gemessen etwa an der Strafandrohung im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP). Der Europäische Gerichtshof entscheidet über eine Regelverletzung und kann ein Zwangsgeld verhängen, wodurch die Sanktionsentscheidung in keiner Weise von Mehrheitsverhältnissen unter den Mitgliedstaaten abhängig ist. Der Europäische Gerichtshof kann dabei von jeder Vertragspartei angeufen werden. Die Höhe der angedrohten Sanktion ist allerdings mit 0,1 Prozent gering, für Deutschland ergäbe sich eine Größenordnung von lediglich 2,5 Milliarden Euro.

Allerdings ist herauszustellen, dass sich diese Sanktionsandrohung nur auf die Regelsetzung, nicht aber die Regeleinhaltung bezieht. Wird die 0,5 Prozentgrenze der nationalen Regeln verletzt, so bietet der Fiskalvertrag keinen neuen Ansatzpunkt für europäische Sanktionen. Dies ist von besonderer Relevanz, wenn man bedenkt, dass im Falle einer kontinuierlichen Verletzung der Fiskalregel ein Defizitverfahren nach den Vorgaben des SWP in Gang gesetzt werden wird. Trotz dessen Reform darf an der Effektivität und Abschreckungswirkung der dort verankerten Sanktionsmechanismen weiterhin gezweifelt werden.



Die Schuldenkrise einiger Länder im Euroraum stellt die Währungsunion vor eine große Herausforderung.

nationale Fiskalregeln. Überzeugend konstruierte Fiskalregeln können einen Beitrag leisten, Vertrauen an den Staatsanleihemärkten zurück zu gewinnen. Dies belegen verschiedene empirische Untersuchungen. Werden allerdings die Ursachen öffentlicher Schulden, wie etwa fehlende ökonomische Wettbewerbsfähigkeit oder administrative Unzulänglichkeiten, nicht gelöst, können Fiskalregeln alleine nichts bewirken. Als Teil eines Reformpakets können sie jedoch einen wichtigen Teilbeitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten.

Wichtige Signalwirkung

In der akuten gegenwärtigen Schuldenkrise, in der manche Länder überhaupt keine Chance haben, ihr Budget kurzfristig auch nur in die Nähe der Nulllinie zu bringen, signalisiert die Etablierung von Fiskalregeln den Kreditgebern,

recht kompromisslose Sparmaßnahmen in der Gegenwart erzwingen, weil dann letztlich nur eine Verbesserung der Ist-Zahlen bliebe, um Kreditgebern eine Wende in der Schuldenpolitik zu signalisieren.

Verankerung in nationales Recht

Der europäische Fiskalpakt verpflichtet die Vertragsparteien darauf, in ihren nationalen Rechtsordnungen Vorschriften zum Ausgleich des gesamtstaatlichen Budgets zu verankern. Dabei wird als Obergrenze für das zulässige Defizit 0,5 Prozent für das Verhältnis des strukturellen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) festgeschrieben. Dabei ist anzuerkennen, dass die Verankerung in nationalem Recht mit hoher rechtlicher Bindungswirkung für das gesamte nationale Haushaltswesen angestrebt ist. Die Formulierung „vorzugsweise mit Verfassungsrang“ beinhaltet allerdings bedauerlicherweise

Noch offene Details

Darüber hinaus lässt der europäische Fiskalvertrag wichtige Details der neuen Fiskalregeln noch offen. Dies gilt für die vorgeschriebene Geschwindigkeit in der Annäherung an den Zielwert, für die Ausgestaltung des Korrekturmechanismus, der die Verpflichtungen für den Fall regelt, dass es zu einer Abweichung der Budgetsalden vom Zielwert kommt, aber auch für die Vorgaben für die zur Überwachung der Regel zuständigen nationalen Institutionen. Hier ist die Europäische Kommission mit der Konkretisierung betraut.

Von dieser Konkretisierung wird abhängen, ob der durch den Fiskalvertrag

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

gesetzte Regelstandard wirklich überzeugen kann. Insbesondere sind zwei Dinge zu fordern: Erstens muss der Korrekturmechanismus unbedingt ein institutionelles Gedächtnis für Zielverfehlungen haben. Die Regeln müssen dafür sorgen, dass Abweichungen des Defizits nach oben innerhalb einer klar definierten kurzen Zeitspanne durch Unterschreitungen kompensiert werden. Nur so können die Schuldenquoten effektiv stabilisiert werden. Auch müssen Ausnahmeklauseln im Rahmen eines solchen Korrekturmechanismus auf ein Minimum beschränkt bleiben. Zweitens sollten realistische, aber gleichzeitig ambitionierte Vorgaben für eine rasche Annäherung der Defizite an das mittelfristige Budgetziel gemacht werden.

Zielkonflikte des ESM

Die im Zuge der europäischen Schuldenkrise ad hoc konstruierten Notfallkreditfazilitäten sollen durch den ESM nun auf eine permanente Basis gestellt wer-

Vor diesem Hintergrund muss der ESM gewährleisten, dass es nicht dazu kommen kann, dass Mehrheiten von hoch verschuldeten Staaten de facto Transfers von niedriger verschuldeten Staaten erzwingen können. Aus deutscher Sicht bieten die vorgesehenen Abstimmungsquoten ausreichende Sicherheit, dass der Garant und Kreditgeber Deutschland durch den ESM nicht gegen seinen Willen zu Leistungen gezwungen wird. Weder bei qualifizierter Mehrheit noch im Dringlichkeitsverfahren ist eine Mehrheit gegen die Stimme Deutschlands möglich. Die Haftung ist ausdrücklich nicht gesamtschuldnerisch konzipiert. Damit unterscheidet sich der ESM stark vorteilhaft von den vielfach diskutierten „Eurobonds“, die in den meisten Konzeptionen gesamtschuldnerisch ausgelegt sind.

Die Kreditgewährung im Rahmen des ESM muss an strikte Bedingungen geknüpft bleiben. In den Grundsätzen des ESM werden Finanzhilfen tatsächlich an „strenge, dem gewählten Finanzinstrument angemessene Auflagen“ geknüpft.

Es ist wünschenswert, dass der ESM zwischen solventen und insolventen Staaten unterscheidet. Für insolvente Staaten ist eine Beteiligung des Privatsektors unabdingbar, da der Kreditmechanismus andernfalls zu einem Transfermechanismus wird. Für solvente Staaten, die lediglich Opfer einer Liquiditätskrise sind, sind Garantien und Kredite aus Sicht des Kapitalgebers hingegen sehr viel weniger riskant. Dieses für überschuldete Staaten zwingende Lösungselement wird im ESM-Vertrag entschieden zu gering gewichtet.

Größte Schwäche des ESM-Vertrags

Zwar wird die EU-Kommission gemeinsam mit der EZB bewerten, ob die Staatsverschuldung eines Landes tragfähig ist, sobald ein Ersuchen auf Stabilitätshilfe vorliegt. Eine fehlende Tragfähigkeit der Staatsverschuldung wird aber nirgends als Ausschlussgrund für Stabilitätshilfen oder als zwingender Anlass für eine Privatsektorbeteiligung benannt. Diese unklaren und zurückhaltend formulierten Implikationen einer Überschuldung stellen die größte Schwäche des ESM-Vertrags dar. Denn werden Finanzhilfen für insolvente Staaten gewährt, ohne dass eine Beteiligung der Privatwirtschaft die Überschuldung beseitigt, sind diese Finanzhilfen unweigerlich zu einem Teil als Transfer zu klassifizieren. Alle Vorkehrungen zur bevorrechtigten Position der ESM-Forderungen schützen dann am Ende die staatlichen Geldgeber nicht vor Verlusten.

Die Zurückhaltung in Sachen Privatsektorbeteiligung ist aus der Angst vor unkontrollierbaren Folgen einer Umschuldung erklärbar. Die Erfahrungen mit der Umschuldung Griechenlands sollten hier aber ermutigen: Eine sorgfältig vorbereitete Beteiligung des Privatsektors kann einen ganz wesentlichen Entschuldungsbeitrag leisten, ohne dass er zwingend zu starken Markturbulenzen führt.

Diese Analyse ist ein Auszug aus der Stellungnahme zum Gesetzespaket Fiskalvertrag, ESM und Bundesschuldenwesen, die der Autor im Rahmen einer Anhörung dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2012 vorgelegt hat.

PD Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de



Mit dem europäischen Fiskalpakt und dem Stabilitätsmechanismus schlägt Europa den richtigen Kurs ein, um die Schuldenkrise langfristig in den Griff zu bekommen.

den. Ein solcher Kreditmechanismus muss einerseits ein Finanzierungsvolumen mobilisieren können, das ausreicht, einen Run auf die Anleihemärkte solventer Euro-Staaten abwehren zu können. Er darf andererseits aber nicht zu einem Instrument der dauerhaften Finanzierung von insolventen Euro-Staaten mutieren und damit letztlich zu einem Transfersystem degenerieren.

Damit definiert der ESM die Auflagen nicht genau, dies wäre auch kaum möglich. Eine wichtige Konditionalität ist allerdings konkretisiert: Vereinbart ist, dass nur ein ESM-Mitglied Stabilitätshilfen erhalten kann, das den Fiskalvertrag ratifiziert hat. Diese Verbindung zwischen den verbindlichen nationalen Fiskalregeln und der Begünstigung durch den ESM ist angemessen und zu begrüßen.

KONFERENZEN

Spring Meeting of Young Economists am ZEW

Ende April 2012 waren rund 200 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Wirtschaftswissenschaften drei Tage lang am ZEW zu Gast. Sie nahmen am „Spring Meeting of Young Economists“ (SMYE) teil.

Unter dem Motto „von jungen Ökonomen für junge Ökonomen“ findet das SMYE im jährlichen Rhythmus in unterschiedlichen europäischen Ländern statt. Nach Veranstaltungsorten wie Istanbul, Luxemburg und dem niederländischen Groningen ist es dem ZEW in diesem Jahr gelungen, die 17. SMYE-Konferenz nach Mannheim zu holen. Die Konferenz wurde von jungen Nachwuchswissenschaftlern des ZEW organisiert.

Die Frühjahrstagung der jungen Ökonomen ist die größte europäische Nachwuchskonferenz im Bereich der Volkswirtschaft. Rund 650 Bewerbungen für eine Teilnahme gingen in diesem Jahr ein. Etwa 200 Top-Nachwuchswissenschaftler bekamen schließlich die Möglichkeit, ihre Forschungsarbeiten am ZEW vorzustellen. Die diesjährige Konferenz deckte das gesamte Spektrum wirtschaftswissenschaftlicher Themen ab.

Austausch in entspannter Atmosphäre

Das SMYE gibt jungen Doktoranden, Postdoktoranden sowie Juniorprofessoren Gelegenheit, sich untereinander in freundlicher Atmosphäre auszutauschen und neue Ideen zu entwickeln. Dazu präsentierten die Teilnehmer an den drei Konferenztagen ihre aktuellen Forschungsergebnisse. Dr. Richard Jong-A-Pin, Vorsitzender der SMYE Dachorganisation, bedankte sich zum Auftakt der Konferenz beim ZEW für die Gastfreundschaft und wünschte allen Anwesenden eine interessante und wissenschaftlich lohnende Konferenz.

Wie bei der SMYE üblich, gelang es auch in diesem Jahr, drei Top-Wissenschaftler als Hauptredner zu gewinnen. Zunächst sprach Prof. Armin Falk von der Universität Bonn über Heterogenität bei Risikopräferenzen. In einem interaktiven Vortrag stellte er individuelle Charakteristika wie etwa Körpergröße, Geschlecht oder verschiedene Arten der Erziehung in

Zusammenhang mit der Bereitschaft Risiken einzugehen. Seine Forschung, die darauf abzielt, die Grundlagen menschlicher Entscheidungsfindung empirisch zu erkunden und schließlich besser zu verstehen, ist international hoch anerkannt.

Als zweiten Hauptredner durften die Teilnehmer Dr. Ayhan Köse vom Internationalen Währungsfonds (IWF) begrüßen. Köse sprach in seinem Vortrag über die

nale Faktoren haben relativ zu globalen Einflüssen sogar noch an Bedeutung gewonnen. Die Forschung Köses und seiner Koautoren liefert daher wichtige Einblicke in internationale Abhängigkeiten zwischen Volkswirtschaften und die Transmissionsmechanismen wirtschaftlicher Zyklen.

Dr. Mary Amiti, die für die Federal Reserve Bank of New York forscht, berichtete den Teilnehmern von aktuellen Anstrengungen, den großen Einbruch des Welthandels in der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 zu erklären. Sie schilderte, wie insbesondere die geringere Verfügbarkeit von für Handelsgeschäf-



Rund 200 junge Ökonomen tauschten sich im Rahmen der SMYE-Konferenz am ZEW aus.

Bedeutung regionaler Integration in Zeiten weltumspannender Globalisierung. Entgegen der gängigen Wahrnehmung von Globalisierung als einem weltweiten Angleichungsprozess, zeigte er klare regionale Konjunkturzyklen auf. Mehr noch: regio-

te notwendigen Finanzierungsinstrumenten in der Krise zu einem ausschlaggebenden Faktor wurde.

Weitere Informationen finden sich im Internet unter: www.smye2012.org

Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de

TERMIN

Konferenz zur Ökonomie von IKT

Das ZEW veranstaltet vom 28. bis 29. Juni 2012 die 10. Konferenz zum Thema Ökonomie der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Im Rahmen der englischsprachigen Konferenz werden aktuelle wissenschaftliche Arbeiten zur Ökonomie der IKT und IKT-Branche vorgestellt und diskutiert. Die zu diskutierenden Themen umfassen unter anderem Wettbewerbspolitik und Regulierung im Bereich IKT, Innovationen im Bereich der IKT sowie Prozesse des IKT-Outsourcing.

Nähere Informationen finden sich im Internet unter: www.zew.de/veranstaltung1610

KONFERENZEN

SEEK-Workshop zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie

Am 3. Mai 2012 eröffneten der Europaminister des Landes Baden-Württemberg, Peter Friedrich, und der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, den SEEK-Workshop „The Economics of Public Support to the European Car Industry“ in Brüssel.

Der Workshop wurde gemeinsam vom ZEW und der Katholischen Universität Leuven, Belgien, veranstaltet und ist Teil des Forschungsprogramms „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ (SEEK), das

vom Land Baden-Württemberg finanziert und vom ZEW durchgeführt wird.

Welche öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen helfen der europäischen Automobilindustrie aus der Krise? Inwieweit sind staatliche Förderhilfen wie etwa Ab-

wrackprämien langfristig hilfreich? Welche Instrumente erweisen sich im europäischen Kontext als besonders sinnvoll? Dies sind nur einige der Fragen, die aus europäischer Perspektive von internationalen Wissenschaftlern, Vertretern der Europäischen Kommission, führenden Repräsentanten der europäischen Automobilindustrie und weiteren Gästen aus der Politik im Rahmen des SEEK-Workshops diskutiert wurden.

Dr. Nina Leheyda, lehyda@zew.de

Konferenz zur freiwilligen Bereitstellung von internationalen öffentlichen Gütern

Das ZEW und das Basque Centre for Climate Change (bc³) veranstalteten gemeinsam am 17. und 18. April 2012 eine internationale Konferenz zum Thema „New Directions in the Voluntary Provision of International Public Goods“.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz zu globalen öffentlichen Gütern am ZEW

Klimaschutz, die Eindämmung von Seuchen oder die Bekämpfung von Terrorismus gehören zu öffentlichen Gütern, deren Auswirkungen nationale Grenzen überschreiten und deren effiziente Bereitstellung aufgrund einer fehlenden zent-

ralen Autorität auf transnationaler Ebene nicht erzwungen werden kann. Folglich gewinnen wissenschaftliche Erkenntnisse zur freiwilligen Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter in einer globalisierten Welt immer mehr an Bedeutung.

Die gemeinsame Konferenz von bc³ und ZEW brachte renommierte Wissenschaftler zusammen, die aktuelle Forschungsergebnisse zum Themenkomplex der Bereitstellung öffentlicher Güter vorstellten und diskutierten.

Das Themenspektrum der elf geladenen Referenten reichte von den ethischen Grundlagen der Bereitstellung von öffentlichen Gütern über die notwendige Gruppengröße einer erfolgreichen Koalition bis hin zu der Frage, wie sich die asymmetrische Informationsverteilung auswirkt. Darüber hinaus befassten sich Beiträge mit öffentlichen Gütern, die für Teilgruppen einen Nutzen und für andere einen Schaden bedeuten. Überdies wurden Arbeiten zu verschiedenen Regeln der Lastenverteilung für die Bereitstellung öffentlicher Güter vorgestellt.

Die Organisatoren der Konferenz Prof. Dr. Andreas Löschel (ZEW) und Prof. Dr. Dirk Rübbelke (bc³) werden eine Sonderausgabe mit den Konferenzbeiträgen in der renommierten Zeitschrift *Economica* veröffentlichen.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Prof. Dr. Dirk Rübbelke
Christiane Reif, reif@zew.de

ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftlerin erhält Best Paper Award an der Central European University



Vertreter der UniCredit Bank (links und rechts) mit Christiane Bradler (Bildmitte) und Robert Dur (rechts davon) sowie dem Preisträger eines weiteren Awards.

Für ihre feldexperimentelle Studie „Employee Recognition and Performance – A Field Experiment“ hat Christiane Bradler gemeinsam mit Ihren Ko-Autoren Susanne Neckermann (ZEW und Universität Rotterdam), Robert Dur (Universität Rotterdam) sowie Arjan Non (Universität Maastricht) einen Best Paper Award erhalten. Der Award, der von UniCredit & Universities Foundation gestiftet wurde, ist auf der Konferenz „Die soziale Dimension von Organisationen“ im April 2012 an der Central European University in Budapest vom CEO der UniCredit Bank Ungarn überreicht worden.

Das prämierte Paper untersucht, wie sich Anerkennung auf die Mitarbeiterleistung auswirkt. Christiane Bradler ist Wissenschaftlerin im Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung des ZEW.

Schülerinnen und Schüler aus Bönningheim besuchen das ZEW



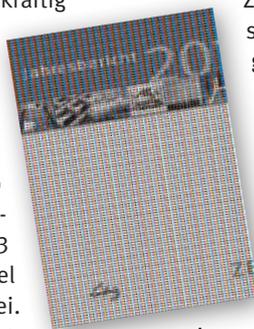
Die Gäste des Alfred-Amann-Gymnasiums mit ZEW-Wissenschaftler Marc-Daniel Moessinger (ganz rechts) sowie Mitarbeiterinnen des ZEW.

Der Wirtschaftskurs der Abschlussklasse des Alfred-Amann-Gymnasiums in Bönningheim besuchte am 22. Mai 2012 das ZEW. 22 Schülerinnen und Schüler in Begleitung ihrer Lehrerin nutzten die Gelegenheit, vom ökonomischen Sachverstand des ZEW zu profitieren. Marc-Daniel Moessinger, Wissenschaftler im Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft, erläuterte den Abiturientinnen und Abiturienten die Entwicklung von der Finanzmarktkrise des Jahres 2008 zur heutigen Schuldenkrise im Euroraum. Im Fokus seines Vortrags standen die Möglichkeiten, die Griechenland bleiben, um seine Überschuldung in den Griff zu bekommen. Eine lebhafte Diskussion schloss sich an. Insbesondere wurden die Folgen erörtert, die ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion für das Land selbst und die Eurozone nach sich zöge.

ZEW-Jahresbericht 2011 erschienen: ZEW weiterhin auf Erfolgskurs

Im Geschäftsjahr 2011 konnte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim seine Gesamterträge um rund 2,6 Millionen Euro auf 18,2 Millionen Euro kräftig steigern. Insbesondere das Drittmittelaufkommen trug mit einem Plus von rund 2,1 Millionen Euro zur Verbesserung der Ertragssituation bei. Dies geht aus dem jetzt vorliegenden Jahresbericht des Instituts hervor.

Die im nationalen und internationalen Wettbewerb eingeworbenen Drittmittel übertrafen mit 8,4 Millionen Euro im Jahr 2011 das Vorjahresergebnis von 6,3 Millionen Euro deutlich. Damit tragen die Drittmittel mit über 40 Prozent zum Gesamtbudget des ZEW bei. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 115 Projekte für nationale und internationale Auftraggeber fertig gestellt. Eine Vielzahl von Beiträgen von ZEW-Wissenschaftlern in renom-



mierten wissenschaftlichen Fachzeitschriften belegt die hohe Qualität der wissenschaftlichen Arbeit des ZEW im Jahr 2011.

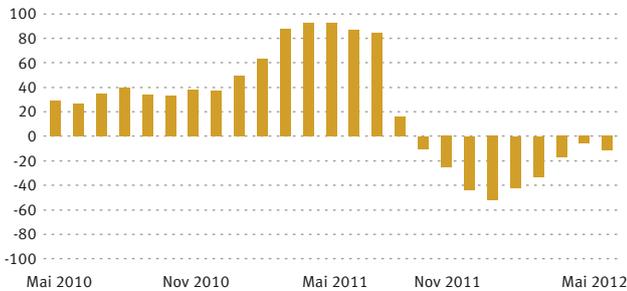
Zur Erfolgsbilanz des ZEW tragen ferner 14 Promotionen sowie eine Habilitation bei, die im vergangenen Jahr abgeschlossen wurden. Eine Vielzahl der Dissertationen wurde mit Preisen ausgezeichnet, wie beispielsweise dem Constantin-von-Dietze-Preis der Universität Freiburg oder dem Preis der Erich-Gutenberg-Arbeitsgemeinschaft.

Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW stieg zum Jahresende 2011 auf 183 Personen. Davon sind 120 wissenschaftlich tätig. Mit insgesamt 45 Prozent liegt die Frauenquote des ZEW auf einem beachtlichen Niveau.

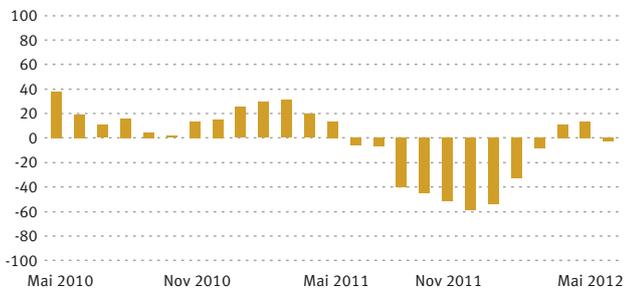
Der neue Jahresbericht enthält vielfältige weitere Informationen. Er findet sich unter www.zew.de/jahresbericht

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2012



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Keine Änderung des Zinsniveaus erwartet

Die Inflationserwartungen für die Eurozone haben sich im Mai im Vergleich zum Vormonat geringfügig verändert. Der entsprechende Saldo für die Eurozone fällt um 4,6 Punkte und notiert bei minus 1,7 Punkten. Dieser Wert nahe der Nulllinie deutet darauf hin, dass die Inflationsrate von derzeit 2,6 Prozent auf Sicht von sechs Monaten unverändert bleiben wird. Dennoch halten es die Finanzmarktexperten für sehr unwahrscheinlich, dass die EZB im kommenden halben Jahr die Zinsen erhöht. Der entsprechende Erwartungssaldo sinkt im Mai auf minus 11,0 Punkte.

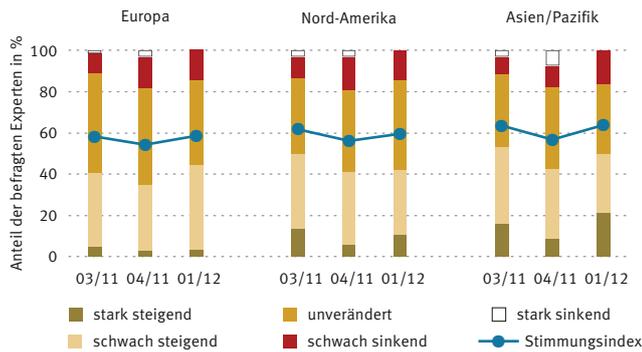
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Pessimismus bei Lage und Erwartungen

Der Indikator für die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in der Eurozone ist im Mai um 11,2 Punkte gefallen und befindet sich mit minus 60,2 Punkten auf dem schlechtesten Stand seit März 2010. Der ZEW-Finanzmarkttest macht deutlich, dass sich an der desolaten wirtschaftlichen Lage der Eurozone auf Sicht von sechs Monaten nichts ändern dürfte. Ganz im Gegenteil: der entsprechende Indikator, der die Konjunkturerwartungen für die Eurozone im kommenden halben Jahr widerspiegelt, fällt im Mai um 15,5 Punkte und notiert bei minus 2,4 Punkten.

Christian David Dick, dick@zew.de

Seefrachtraten zeigen deutlich steigende Tendenzen

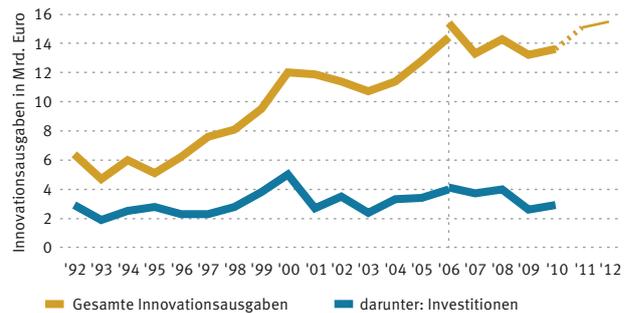


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ ZEW gehen von einem deutlichen Anstieg der Seefrachtraten aus. Dies gilt vor allem für die Relation Asien in Richtung Europa, bei der offensichtlich Kapazitätsanpassungen Spielräume für Preiserhöhungen eröffnet haben. Bei den Seefrachtraten im Asien/Pazifikverkehr erwarten 50 Prozent der Umfrageteilnehmer steigende Frachtraten, davon sogar 22 Prozent einen starken Anstieg. Beim Nordamerikaverkehr rechnen 42 Prozent der befragten Experten mit einem Anstieg. Innerhalb Europas gehen 45 Prozent von steigenden Frachtraten aus.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Elektroindustrie: Innovationsausgaben vor neuem Aufschwung



Werte für 2011 und 2012: Planzahlen; 2006 Bruch in der Zeitreihe aufgrund neuer Wirtschaftszweigabgrenzung. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die deutsche Elektroindustrie steht vor einem kräftigen Wachstum der Ausgaben für neue Produkte und Prozesse. Nach einer geringen Ausgabendynamik 2007 bis 2009 zeichnet sich eine deutliche Erhöhung der Innovationsbudgets im Jahr 2011 ab. Die vorsichtigen Planzahlen für 2012 könnten aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung letztlich nach oben angepasst werden. Nach 1996 bis 2000 und 2004 bis 2006 wäre dies der dritte Innovationszyklus in den vergangenen 20 Jahren. Waren zuvor Informationstechnologien und erneuerbare Energien Innovationstreiber, kommt nun die Elektromobilität hinzu.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Wachstum

Wie ein deus ex machina mutiert Wachstum allmählich zum Hoffnungsträger des Jahres 2012. Angefeuert durch Wahlversprechen des neuen französischen Staatspräsidenten wird fälschlicherweise ein Gegensatz zu einer Austeritätspolitik aufgebaut, um

endlich den (deutschen) „Kaputtsparen“ das Handwerk zu legen und auf den Weg des bequemeren Schuldenmachens zurück zu kehren. Kaum Beachtung finden Erfahrungen und Überlegungen hinsichtlich einer Wachstumspolitik, nicht zuletzt auf der angemahnten EU-Ebene, angefangen von der verunglückten Lissabon-Strategie des Jahres 2000 bis hin zu den derzeit diskutierten „Projektbonds“ der Europäischen Investitionsbank. Und zu allem Überfluss liegt häufig eine Verwechslung zwischen Wachstum und Konjunktur vor.

Wachstum ist die trendmäßige Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der Produktionskapazitäten, kurzum die Veränderung des Produktionspotentials. Dessen Bestimmungsfaktoren sind hinlänglich bekannt: Humankapital, Sachkapital einschließlich der Infrastruktur, technischer Fortschritt sowie ein funktionstüchtiger Ordnungsrahmen etwa im Hinblick auf flexible und offene Arbeits- und Gütermärkte, solide Staatsfinanzen und effiziente Systeme der sozialen Sicherheit. Wer mithin für Wachstumsimpulse im nationalen und europäischen Rahmen plädiert, dessen Maßnahmen müssen an den genannten Wachstumskräften anknüpfen, also unter anderem die nationale Schuldenproblematik in den Griff bekommen.

Konjunkturbewegungen hingegen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, verursacht durch Fluktuationen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. In Rezessionszeiten kann die Konjunkturpolitik versuchen, mit Hilfe von Konjunkturprogrammen expansiv gegenzusteuern, obwohl sich diesbezügliche Erfolge in Grenzen halten. Man kann schon froh sein, wenn das Bruttoinlandsprodukt um den Betrag zusätzlicher Staatsausgaben steigt, technisch gesprochen der Staatsausgabenmultiplikator wenigstens den Wert Eins aufweist. Da die Politik die Kehrseite der Keynes'schen Rezeptur in Form von Budgetüberschüssen in konjunkturell normalen Zeiten meistens ignoriert, lösen Konjunkturprogramme eine steigende Staatsverschuldung aus, deren Abbau regelmäßig am Nimmerleinstag

stattfindet. Die Ausflüchte sind immer dieselben: Die Rezession darf nicht verstärkt, ein Aufschwung nicht gefährdet, eine Hochkonjunktur nicht aufs Spiel gesetzt und ein Abschwung nicht beschleunigt werden. Wann denn bitte dann?

Es gehe derzeit nur um ein zeitliches Hinausschieben des Konsolidierungskurses, um nicht in eine konjunkturelle Abwärtsspirale zu geraten. Dieses Argument ist nicht ganz unbegründet und wäre bei einem glaubwürdigen Konsolidierungsversprechen der Problemländer akzeptabel. Jedoch: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube (Goethes Faust). Nur wenn die Problemländer uno actu den Ordnungsrahmen überzeugend reformieren, könnte der Konsolidierungskurs zeitlich etwas gestreckt werden. Als Beispiele für solche Reformen bieten sich eine Flexibilisierung der Güter- und Arbeitsmärkte an, also etwa der Abbau von Zugangsbeschränkungen und anderen Wettbewerbsbehinderungen sowie eines Bürokratiendschungels, und des weiteren restriktivere Systeme der sozialen Sicherheit, welche der Eigeninitiative genügend Raum geben. In Spanien dürfte darüber hinaus die Rekapitalisierung wichtiger Teile des dortigen Finanzsektors im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen. Insoweit dies der spanische Staat bewerkstelligt (und nicht die EFSF), steigt damit zwar die staatliche Verschuldung Spaniens. Jedoch gehen davon genauso wie von den genannten anderen Maßnahmen positive Signale an die Finanzmärkte aus, welche eine zeitliche Streckung des Konsolidierungskurses rechtfertigen können.

Wachstumspolitik und Haushaltskonsolidierung müssen sich mithin nicht widersprechen, eher bedingen sie einander. Auf der europäischen Ebene kann neben den Fiskalpakt ein Wachstumspakt treten, der bisherige Subventionen etwa für die Landwirtschaft – horrible dictu: einschließlich der französischen – zumindest teilweise in wachstumsfreundliche Investitionen umwandelt. In Deutschland ist es schwer nachvollziehbar, wenn Teile der Opposition im Deutschen Bundestag von der Bundesregierung einerseits eine konsequenter Befolgung der Regeln für die Schuldenbremse einfordern, sie andererseits aber bezeichnen, sie spare die Problemländer kaputt.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012